

# Das Ende eines Erfolgsmodells

## Der fossile Wohlfahrtsstaatskapitalismus und die Gewerkschaften

Von **Hans-Jürgen Urban**

**D**ie Bauern gehen auf die Straße, die LKW-Fahrer schließen sich an, derweil bei hoher Inflationsrate die Firmeninsolvenzen zunehmen und sich die Klimakrise immer weiter verschärft. Für all diese höchst disparaten Phänomene hat sich der Begriff der Vielfach- oder Polykrise eingebürgert. Was aber macht den Kern dieser Krise der gegenwartskapitalistischen Gesellschaften aus?

Vieles spricht dafür, dass der Kern darin besteht, dass ein gesellschaftliches Entwicklungsmodell unweigerlich an seine Grenzen stößt. Dieses Modell wird zumeist als ausgebauter Sozialstaat bezeichnet. Aber diese Bezeichnung springt zu kurz. Zielführender ist es, nicht lediglich vom ausgebauten Sozialstaat, sondern vom Modell des fossilen Wohlfahrtsstaatskapitalismus zu sprechen. Und eben dieser scheint gegenwärtig an sein Ende zu gelangen.

Der Begriff des Wohlfahrtsstaatskapitalismus geht auf eine in den Sozialwissenschaften häufig diskutierte Typologie des schwedischen Kapitalismuskennforschers Gøsta Esping-Andersen zurück, die er vor Jahrzehnten in einem bahnbrechenden Buch über die „Drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus“ entwickelte.<sup>1</sup> Darin unterscheidet er drei Typen des Wohlfahrtsstaatskapitalismus, den liberalen (Beispiel: USA), den konservativ-korporatistischen (Deutschland) und den sozialdemokratischen (Schweden). Unterschieden werden die Modelle – grob und vereinfacht zusammengefasst – nach der institutionellen Form der sozialen Sicherung, der Arbeitsmarktpolitik sowie der Rolle, die dem Staat, dem Markt und der Familie jeweils zukommt. Ein wesentliches Differenzierungskriterium dieser drei „Welten“ ist der Grad, zu dem der Zwang zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit durch den Schutz vor den Marktkräften gelockert wird. Esping-Andersen spricht hier von Dekommodifizierung, also von Maßnahmen, die den Warencharakter der Arbeitskraft einschränken. In Deutschland hat sich ein kon-

\* Der Beitrag basiert auf „Krise.Macht.Arbeit. Über Krisen des Kapitalismus und Pfade in eine nachhaltige Gesellschaft“, einem jüngst im Campus Verlag erschienenen Gesprächsband, den der Autor gemeinsam mit Stephan Hebel verfasst hat. Darin wird der Versuch unternommen, Themen aus der kritischen Soziologie und den gewerkschaftlichen Strategiedebatten zusammenzuführen, um sie auf diese Weise etwa für die politische Bildungsarbeit leichter zugänglich zu machen.

1 Gøsta Esping-Andersen, *The Three Worlds of Welfare Capitalism*, Cambridge 1990.

servatives Wohlfahrtsstaatsmodell herausgebildet, das sich im historischen Vergleich als Erfolgsmodell qualifizieren lässt. Es hat für große Gruppen der Gesellschaft ein historisch einmaliges Niveau des Lebensstandards realisiert. Sein Funktionsmechanismus ist schnell skizziert: Die Ökonomie, die insbesondere als Exportwirtschaft sehr erfolgreich war, lieferte das Wirtschaftswachstum, also die ökonomischen Wertschöpfungszuwächse, die durch einen mehr oder weniger ausgeprägten Sozialstaat und durch starke Gewerkschaften umverteilt wurden – in Form von Löhnen, kürzeren Arbeitszeiten, aber auch von Arbeitslosengeld, Renten und Gesundheitsversorgung. Aus ökonomischem Wachstum wurde so gesellschaftliche Wohlfahrt. Dieser Mechanismus wird auch als politische Wohlfahrtsproduktion bezeichnet, um deutlich zu machen, dass das ökonomische Wachstum zwar die Voraussetzung der expandierenden Sozialstaatlichkeit lieferte, dass Wohlfahrt allerdings erst durch umverteilungswillige und -fähige Akteure entstand.<sup>2</sup>

### »Eine der höchsten Errungenschaften der Zivilisation«

Dieses Modell hat lange Zeit sehr gut funktioniert. Der große französische Soziologe Pierre Bourdieu hat den Wohlfahrtsstaat mit jenen Errungenschaften verglichen, die vor allem in den liberalen und bildungsbürgerlichen, sozial eher privilegierten Kreisen ohne Vorbehalte als kulturelle Schätze anerkannt werden. Soziale Sicherheit, das Recht auf Arbeit und so weiter zählte er „zu den höchsten Errungenschaften der Zivilisation“. Vehement wandte sich Bourdieu dagegen, die Verteidigung des Wohlfahrtsstaates als Konservatismus zu verunglimpfen, um dann hinzuzufügen: „Wer verfiele denn auf den Gedanken, die Verteidigung der kulturellen Errungenschaften der Menschheit, etwa Kant oder Hegel, Mozart oder Beethoven als Konservatismus zu verurteilen?“<sup>3</sup> Doch anstatt sie zu universalisieren und über den ganzen Globus zu verbreiten, würden sie durch die neoliberale Schlagseite des europäischen Integrationsprozesses nun auch in Europa infrage gestellt.

Zweifelsohne war dieses Modell nicht perfekt, es ist von rechts oftmals dogmatisch wirtschaftsliberal, aber von links durchaus auch zu Recht kritisiert worden. Erstens baute es auf einer Aufgabenteilung zwischen den Geschlechtern auf, die in hohem Maße patriarchal und konservativ war. Sinnbildlich dafür steht das sogenannte Familienernährer-Modell. Der Mann ist verantwortlich für die Ernährung der Familie, die Erwerbsarbeit der Frauen ist nachrangig und, wenn überhaupt vorhanden, dann eher ergänzender Natur.

Der zweite grundlegende Mangel war der exklusive Solidaritätscharakter. Die sozialstaatliche Solidarität umfasste nicht alle Gesellschaftsmitglieder, sie war exklusiv nach innen und nach außen. Nach innen, weil sie vie-

<sup>2</sup> Hans-Jürgen Urban, Währungsunion und politische Wohlfahrtsproduktion. Anmerkungen zu den Auswirkungen des Euro auf die sozialen Sicherungssysteme aus gewerkschaftlicher Sicht, in: „Sozialer Fortschritt“, 11/1998, S. 265-272.

<sup>3</sup> Pierre Bourdieu, Die fortschrittlichen Kräfte, in: Pierre Bourdieu u.a., Perspektiven des Protests. Initiativen für einen europäischen Wohlfahrtsstaat, Hamburg 1997, S. 11-25, hier S. 11.

len Menschen, die als Migrant:innen nach Deutschland kamen, faire Löhne und soziale Errungenschaften vorenthielt. Diese damals als Gastarbeiter bezeichnete Bevölkerungsgruppe wurde in wirtschaftlicher und sozialer, aber auch in kultureller Hinsicht vielfach diskriminiert und als Bürger:innen minderer Qualität behandelt.

Aber auch nach außen war dieses Modell exklusiv. Die deutsche Exportökonomie profitierte sehr stark davon, dass Wertschöpfungsanteile aus anderen Regionen der Welt nach Deutschland transferiert wurden. Das geschah über klassische imperialistische Ausbeutung der Menschen im Globalen Süden, die zu unsäglichen Bedingungen Arbeit leisten mussten und ausschließlich als Lieferant:innen von Arbeitskraft behandelt wurden. Teilweise vollzog sich die Ausbeutung auch über unfaire Handelsbeziehungen und ungleiche Tauschrelationen zwischen dem Globalen Süden und dem kapitalistischen Norden. Dieser profitierte durch die Zulieferung von Rohstoffen und Energie und konnte so den eigenen Wohlstand steigern. Das, von der FDP soeben verhinderte Lieferkettengesetz ist ein bescheidener Versuch, hier wenigstens für etwas Gerechtigkeit zu sorgen.

Natürlich profitierten nicht alle Klassen und Schichten in den nördlichen Metropolen gleichermaßen von dieser Ausbeutungsdividende. Sie floss zunächst in die Profite der Unternehmen und ermöglichte dort hohe Kapitaleinkommen und Investitionen. Diese bildeten die Grundlage für das sogenannte Wirtschaftswunder. Es beruhte jedoch zusätzlich auf der Ausbeutung der heimischen Arbeitskraft, durch überlange Arbeitszeiten, durch Löhne, die lange hinter der Produktivitätsentwicklung zurückblieben, und durch Sozialeinkommen, die bei Arbeitslosigkeit und im Alter keine Sicherung des Lebensstandards gewährleisten. Auch die Klassenkämpfe, ohne die eine Umverteilung der Profite zugunsten der abhängigen Arbeit nicht möglich gewesen wäre, waren für die, die sie führen mussten, sicher kein Privileg. Insgesamt aber trugen die Ausbeutungsbeziehungen zwischen Nord und Süd zum skizzierten Mechanismus der politischen Wohlfahrtsproduktion im Norden bei. Sie stabilisierten die Grundlagen für Verteilungskonflikte, durch die Teile der zusätzlichen Wertschöpfung in soziale Wohlfahrt umgewandelt werden konnten. So flossen sie in Teilen auch den Bezieher:innen von Arbeits- und Sozialeinkommen zu.

### **Höhere Kosten, geringerer Nutzen – Wachstum versus Nachhaltigkeit**

Heute aber gewinnt – neben der patriarchalen Grundstruktur und der exklusiven Solidarität – ein weiterer Systemdefekt immer mehr an Bedeutung: Dieses Modell funktionierte auf der Grundlage eines fossilen Wirtschaftswachstums, das die Regenerationsfähigkeit der Ökosysteme überforderte. Das führt zu dem eigentlichen Kernproblem, vor dem die reichen Gesellschaften des Nordens heute stehen.

Das ökonomische Wachstum lieferte lange die Wertschöpfungszuwächse, die über Umverteilungsakteure in soziale Wohlfahrt transformiert wurden.

Aber heute ist dieses Wachstum repulsiv geworden, sprich: Es generiert höhere Kosten, als es Nutzen stiftet, was sich unübersehbar in der Klimakrise bemerkbar macht. Hinzu kommt, dass der einstige Wohlfahrtsstaatskapitalismus in den letzten drei Jahrzehnten durch die neoliberale „Konterrevolution“ (Milton Friedman) erheblich beschädigt wurde. Die Folge ist nicht mehr soziale Gleichheit, sondern mehr soziale Spaltung. Der Sozialstaat wurde um- und rückgebaut, die Gewerkschaften wurden geschwächt und in der Folge funktionierte der Mechanismus der politischen Wohlfahrtsproduktion nicht mehr in der gewohnten Form. Immer größere Teile der zusätzlichen Wertschöpfung wurden nicht wohlfahrtsfördernd umverteilt, sondern landeten auf den Konten der ökonomischen Eliten. Die Konsequenz: Ökonomisches Wachstum schafft heute immer weniger Verteilungsgerechtigkeit, zerstört aber immer mehr seine natürlichen Grundlagen.

### **Der globale Blick auf den fossilen Wohlfahrtsstaatskapitalismus**

Auch aus der globalen Perspektive muss man kritisch auf den Begriff des Erfolgsmodells blicken. Erfolgsmodell war das System im strikt funktionalen, ökonomischen Sinne, und zwar vor allem für die Menschen in den kapitalistischen Metropolgesellschaften, die es entwickelt und erkämpft haben. Erfolgsmodell im moralischen Sinne war es vermutlich von Beginn an nicht, weil die ökonomische Wohlfahrt nicht zuletzt auf moralisch fragwürdigen Grundlagen beruhte. Anders ausgedrückt: Was ökonomisch erfolgreich war, hat moralischen Standards einer gerechten und nachhaltigen Weltordnung nie wirklich gerecht werden können.

Ohne die Ausbeutung des Südens und ohne die intensive Vernutzung der heimischen Arbeitskräfte wären die Fortschritts- und Wachstumsschübe in den Metropolen nicht möglich gewesen. Die abhängig Beschäftigten mussten in harten Umverteilungskonflikten ihren Anteil erst erkämpfen und Arbeits- und Sozialstandards immer wieder gegen neoliberale Konterrevolutionen verteidigen. Dieses Arbeitsleid und diese Kämpfe haben sich tief ins kollektive Bewusstsein vieler Beschäftigtengenerationen eingeschrieben. Sie sind die Grundlage dafür, dass sie den Wohlstand – zu Recht – als eigenes Verdienst und nicht als geraubt empfinden. Das Problem dabei: Die eigene Leistung und das eigene Leid sind konkrete Lebenserfahrung; die Ausbeutung in anderen Weltregionen ist dagegen weit weniger offensichtlich und muss erst sichtbar gemacht werden, durch Analysen und Selbstreflexion. Das verweist auf eine wichtige Aufgabe politischer und speziell gewerkschaftlicher Bildungsarbeit: Sie sollte Räume der Reflexion über den eigenen Anteil an der Wohlstandserzeugung organisieren, aber auch über die eigene Verstrickung in die globalen Wirtschafts- und Abhängigkeitsbeziehungen.

Die Gewerkschaften sind aus den beschriebenen Gründen traditionell Fans des Wirtschaftswachstums. Ihr Interessenvertretungsmodell beruht bis heute weitgehend auf dessen Umverteilung, um höhere Löhne, bessere Arbeitsbedingungen und soziale Sicherheit zu realisieren. Die dahinterlie-

gende Logik: Unter Bedingungen des Wachstums sind Verteilungskonflikte einfacher zu bewerkstelligen. Denn wenn die Wirtschaft wächst, kann aus Zuwächsen verteilt werden und man muss nicht direkt in Besitzstände eingreifen.

Heute ist auch für die Gewerkschaften absehbar, dass dieses Modell nicht mehr funktioniert: aus ökologischen Gründen, aber auch, weil die Wachstumsdynamiken der kapitalistischen Ökonomien seit Jahren nachlassen und ökonomisches Wachstum mit zunehmender Polarisierung der Gesellschaften einhergeht. Speziell unter den Bedingungen des liberalen Kapitalismus erleben wir die Herausbildung eines nie dagewesenen Hyperreichtums. Einzelne Personen sammeln dreistellige Milliardenbeträge auf ihren Konten an, während die soziale Unterversorgung in den Unterklassen zunimmt.<sup>4</sup> Das Megavermögen speziell der Tech-Giganten in den USA trägt zum ökonomischen Wachstum und zugleich zur Polarisierung in der Gesellschaft bei. Aber auch in Europa hat das, was es an wirtschaftlichem Wachstum noch gab, die soziale Kluft nicht verringert, sondern vergrößert.

### Was bleibt von Wohlstand und Verteilungsgerechtigkeit?

Dass es sich bei der Privilegierung der Kapital- gegenüber den Arbeitseinkommen um einen Systemdefekt des modernen Kapitalismus handelt, hat Thomas Piketty vor zehn Jahren in einer bahnbrechenden Studie gezeigt.<sup>5</sup> Dabei ist in Deutschland die Ungleichverteilung des Reichtums, also von Einkommen und Vermögen, besonders ausgeprägt. Neuere Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) ergaben, dass die Reichtumskonzentration in Deutschland höher ist als bislang ausgewiesen. Die oberen zehn Prozent besitzen demnach gut zwei Drittel des Nettovermögens; zuvor war man von knapp 59 Prozent ausgegangen. Allein das reichste Prozent der Bevölkerung vereint rund 35 (statt knapp 22 Prozent) des Vermögens auf sich.<sup>6</sup> Etwa 1,5 Prozent der Erwachsenen in Deutschland besitzen ein individuelles Nettovermögen von mindestens einer Million Euro. Sie unterscheiden sich nicht nur in der Vermögenshöhe von der übrigen Bevölkerung: Es handelt sich überdurchschnittlich oft um Männer, die älter, besser gebildet, selbstständig und zufriedener mit ihrem Leben sind, so das DIW.<sup>7</sup>

Das Fazit lautet: Neoliberales Wachstum hat wenig mit Verteilungsgerechtigkeit oder sozialer Wohlfahrt zu tun. Nimmt man den gigantischen ökologischen Fußabdruck der voranschreitenden Digitalisierung hinzu,<sup>8</sup> wird

4 Sighard Neckel, Zerstörerischer Reichtum. Wie eine globale Verschmutzerelite das Klima ruiniert, in: „Blätter“, 2/2023, S. 47-56.

5 Thomas Piketty, Das Kapital im 21. Jahrhundert, München 2014; ders., Das Ende des Kapitalismus im 21. Jahrhundert?, in: „Blätter“, 12/2014, S. 41-52.

6 Tatsächlich dürfte der Anteil sogar noch höher ausfallen, da sich die Vermögen von Superreichen immer noch schwer erfassen lassen.

7 DIW Berlin, Vermögenskonzentration in Deutschland höher als bisher bekannt, diw.de, 15.6.2020.

8 Anne-Cécile Orgerie und Laurent Lefèvre, Die Energiekosten der Digitalisierung, Spektrum.de, 4.12.2023.

überdeutlich, dass auch und gerade im digitalisierten Kapitalismus Naturzerstörung und soziale Spaltung Hand in Hand gehen.

### **Kleine, große und fundamentale Krisen**

Doch so eindringlich diese Beobachtungen auch sind, auch die gesellschaftliche Linke verzichtet weitgehend darauf, die gegenwärtige Polykrise politökonomisch zu durchdringen. Dabei wird in der Regulationstheorie durchaus zwischen kleinen und großen Krisen des Kapitalismus unterschieden.<sup>9</sup> Als klein werden die zyklischen Krisen bezeichnet, die mittlerweile alle Ökonom:innen als einen immanenten Bestandteil marktwirtschaftlicher Entwicklungsmodelle akzeptieren. Sie gehören zum normalen kapitalistischen Konjunkturzyklus, können aber durchaus tiefgreifend und anhaltend ausfallen. Politik zur Glättung dieser Krisen war ein wesentlicher Teil des keynesianischen Wohlfahrtsstaats. Durch eine antizyklische Investitions- und Nachfragepolitik, durch Tarifverträge und soziale Sicherungssysteme, die auch unter Krisenbedingungen die wirtschaftliche Nachfrage stabilisierten, konnten diese zyklischen Krisen immer wieder überwunden werden.

Der zweite Krisentypus sind die großen Krisen. Sie umfassen auch den institutionellen und politischen Rahmen der wirtschaftlichen Entwicklung. Sie werden deshalb auch als Krisen der Regulation bezeichnet, da auch die regulierenden Institutionen und Politiken, also etwa die sozialen Sicherungssysteme, die Wirtschaftspolitik und die Geldordnung in die Krisenentwicklung einbezogen sind. Ökonomisch gehen sie zumeist mit umfassenden Produktivitäts- und Profitkrisen einher. Um diesen zu begegnen, werden nicht nur private und öffentliche Investitionen gefördert und Arbeitskosten durch Druck auf Löhne und betriebliche Sozialstandards gesenkt, sondern auch andere kostenrelevante Strukturen und Institutionen geraten ins Blickfeld, etwa die von Unternehmen und Beschäftigten finanzierten Sozialversicherungssysteme. Nicht zuletzt gerät die gesamte Wirtschafts-, Fiskal-, Steuer- und Sozialpolitik ins Visier von Unternehmen und deren Lobbyverbänden.

In großen Krisen zielt die klassische, wirtschaftsliberal ausgerichtete Wirtschaftspolitik auf Deregulierung des Arbeitsrechts, massive Subventionen für Unternehmen, die Förderung neuer Märkte sowie die Umverteilung zugunsten des Kapitals durch eine entsprechende Steuer- und Sozialpolitik. Der Kapitalismus tritt dann in eine neue Formation, ein neues Entwicklungsmodell ein, das noch stärker dem Primat der Wirtschaftlichkeit und Rentabilität unterliegt.

Heute muss die Krisentypologie der Regulationstheorie jedoch um eine dritte Krise erweitert werden. Diese ist nicht nur eine (kleine) konjunkturelle Krise, aber auch nicht nur eine (große) der Regulation der wirtschaftlichen

<sup>9</sup> Vgl. etwa Elmar Altvater, Bruch und Formwandel eines Entwicklungsmodells, in: Jürgen Hoffmann (Hg.), Überproduktion, Unterkonsumtion, Depression. Analysen und Kontroversen zur Krisentheorie, Hamburg 1983, S. 217-252.

Entwicklung, sondern die fundamentale Krise des Kapitalismus selbst. Sie erfasst dessen energetische Basis und damit das fossile Wachstumsmodell an sich, also die gesamte Produktions- und Lebensweise.

Die politökonomische Krisenanalyse zeigt, dass die anhaltende Defensive der Gewerkschaften viel mit dem Aufschwung des Neoliberalismus zu tun hat, schon infolge geringerer Umverteilungsoptionen. Aber hinzu kommt, dass die Gewerkschaften in einem fossilen Wachstumsmodell agieren müssen, das seinerseits in eine fundamentale Krise geraten ist.

Die entscheidenden zwei Fragen lauten nun: Wie müsste ein gesellschaftliches Entwicklungsmodell aussehen, das ohne Ausbeutung anderer Erdteile, der abhängigen Arbeit und der Natur funktioniert? Und was könnten die Gewerkschaften zu einem derart ökologisch und sozial nachhaltigen Entwicklungsmodell beitragen?

### **Die fünf Essentials eines alternativen Entwicklungsmodells**

Eines scheint gewiss: Die Tatsache zu akzeptieren, dass das gewohnte Modell der Wohlfahrtsproduktion an seine Grenzen stößt, ist für alle Akteure die Voraussetzung dafür, alternative Strategien zu entwickeln. Auch die Gewerkschaften müssen das Ende des Wohlfahrtsstaatskapitalismus, wie wir ihn kennen, akzeptieren und analysieren. Und sie müssen es strategisch verarbeiten, indem sie über ein neues Entwicklungsmodell nachdenken, das ein gedrosseltes und naturverträgliches Wachstum mit der Neubegründung von Verteilungsgerechtigkeit, materiellem Wohlstand und sozialer Sicherheit verbindet.

Auch wenn dafür noch erhebliche konzeptionelle Anstrengungen zu leisten sind, lassen sich einige Essentials eines neuen Wachstumstyps in einem alternativen Entwicklungsmodell bereits jetzt benennen.<sup>10</sup>

*Erstens:* Das neue Wachstum muss geringer ausfallen, weil trotz steigender Effizienz der Verbrauch von Ressourcen im erwartbaren Ausmaß nicht akzeptabel sein dürfte.

*Zweitens* muss es demokratischer ausfallen; das heißt, es darf nicht nur den Märkten überlassen werden, sondern es braucht Interventionen demokratisch legitimierter Politik in die wirtschaftlichen Prozesse.

*Drittens* muss es umverteilungsintensiver ausfallen, da sich die materielle Wohlfahrt der Vielen nicht mehr über Wachstum realisieren lässt und noch schlechter als zuvor mit dem überbordenden Reichtum der Wenigen verträgt.

*Viertens* muss das neue Wachstum von der Gebrauchswertseite her ökologischer ausfallen, sprich: Ressourcenverbrauch, Produktqualität und Recyclingaspekte müssen einen ganz anderen Stellenwert haben als heute.

Und schließlich, *fünftens*, muss das neue Wachstum international gedacht werden und kann sich nicht ausschließlich in den Grenzen der Nationalstaaten entfalten.

<sup>10</sup> Vgl. dazu Urban und Hebel, a.a.O., S. 111 ff.

Dass die Gewerkschaften sich vor allem um Arbeitspolitik und Arbeitsbedingungen, um Löhne und Tarifverträge kümmern, ist allgemein anerkannt. Das sind ihre Kernfelder und Kernkompetenzen, auch und gerade in den Augen ihrer Mitglieder. Eher umstritten ist dagegen die Frage, ob das ausreicht oder ob die Gewerkschaften nicht deutlich politischer denken und handeln müssen, gerade angesichts der fundamentalen Krise des Wohlfahrtsstaatskapitalismus und der Notwendigkeit eines neuen Entwicklungsmodells.

Wenn die Gewerkschaften heute wirklich umfassend die Arbeits- und Lebensinteressen der abhängig Arbeitenden vertreten wollen, müssen sie dann nicht verstärkt Druck auf staatliche Politik ausüben und sich in den politischen Arenen bewegen? Müssen sie dabei nicht stärker als bisher auf gesellschaftspolitische Reformallianzen setzen, um größere Durchsetzungsmacht aus der Gesellschaft heraus zu organisieren?

Dabei geht es schließlich auch um die Reichweite der gewerkschaftlichen Ambitionen. Finden sie an den Spielregeln von kapitalistischen Unternehmen und Märkten ihre Grenzen, oder formulieren sie transformative Ziele, die über den Gegenwartskapitalismus hinausweisen?

### **Das gewerkschaftspolitische Mandat neu definieren**

Tatsächlich ist die Frage, welcher Stellenwert einem solchen politischen Mandat zukommen soll, in der innergewerkschaftlichen Debatte umstritten.<sup>11</sup> Evident ist, dass sich Gesellschaften und Gewerkschaften in einer Entwicklungsphase des Kapitalismus befinden, in der das gewerkschaftspolitische Mandat neu definiert werden muss. Diese Neudefinition muss auf zwei Ebenen stattfinden.

Zum einen muss das politische Mandat stärker denn je als ein Oppositionsmandat gegenüber falscher Wirtschafts- und Sozialpolitik definiert werden. Der staatliche Spardruck, der sich in den letzten Jahren in umfassenden Leistungskürzungen bei Sozialversicherungen und Staatshaushalten, aber auch in Kürzungen von Investitionen in öffentliche Infrastruktur und in einer durch und durch unsozialen Steuer- und Abgabepolitik ausdrückt, erfordert ein offensives verteilungspolitisches Mandat der Gewerkschaften. Schon bisher hat es vielfältige Aktionen gegen Sozialabbau gegeben, etwa gegen Kürzungen in der gesetzlichen Rentenversicherung. Aber ein kohärentes verteilungspolitisches Gesamtkonzept hat sich dabei nicht herausgebildet. Es verlangt natürlich, die Einkommenssituation der abhängig Arbeitenden durch die gewerkschaftliche Tarifpolitik zu verbessern, aber zugleich auch, die Steuern und Sozialabgaben sowie die staatliche Dienstleistungspolitik und Infrastrukturinvestitionen in die Verteilungspolitik zu integrieren. Verteilungsgerechtigkeit erfordert heute mehr denn je, diese Elemente politisch zu kombinieren und zu integrieren.

<sup>11</sup> Das war sie historisch immer und es wäre verlockend, sich einmal an eine ausführliche Darstellung der Geschichte des politischen Mandats der Gewerkschaften zu machen. Einige Gedanken dazu finden sich in Urban und Hebel, a.a.O., S. 81ff.

Zum anderen ist der zweite Aspekt der Neudefinition des politischen Gewerkschaftsmandats vielleicht noch wichtiger. Heute greift selbst eine integrierte Sozial- und Wirtschaftspolitik zu kurz. Denn heute besteht die Kernaufgabe darin, ökonomische Interessenpolitik in ein ökologisches Mandat zu integrieren. In den ökologischen Transformationsprozess orientierend und lenkend einzugreifen, wird der zentrale Inhalt des politischen Mandats des 21. Jahrhunderts sein müssen. Die Dekarbonisierung des Industrie- und Wertschöpfungsmodells sowie der Produktions- und Lebensweise ist die zentrale Überlebensfrage, der sich auch die Gewerkschaften stellen müssen.

Radikale ökologische Transformationsstrategien stehen jedoch vor einem Dilemma: Der Wandel, den sie bewerkstelligen müssen, ist radikal und systemtransformativ; er muss über das kapitalistische Wirtschafts- und Konsumptionsmodell hinausweisen. Die Realisierungschancen für eine solche radikale Veränderung sind jedoch ausgesprochen gering, denn dem transformativen Ziel stehen widrige Kräfteverhältnisse gegenüber. Die transformativ orientierten Kräfte sind schwach wie nie, aber der Handlungsdruck ist so groß wie nie – und die Zeit, die zur Abwendung der Klimakatastrophe verbleibt, so knapp, dass alle Möglichkeiten zur Reduzierung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes genutzt werden müssen. Alle politischen Strategien müssen sich zu diesem Dilemma verhalten. Die Gesellschaften können es sich nicht mehr leisten, praktikable Varianten der Schadstoffreduzierung auch unterhalb der Transformation rechts oder links liegenzulassen. Alles, was machbar ist und die transformative Perspektive nicht blockiert, muss genutzt werden.

### **Für einen neuen ökosozialen Reformismus**

Das liefe auf einen ökologischen Reformismus hinaus, der freilich ein anderer sein muss als der, der traditionell in den Gewerkschaften oder in der Sozialdemokratie zu Hause ist. Der neue Ökoreformismus muss sich vor allem durch seine zeitliche Nähe zur Transformationsperspektive vom traditionellen Reformismus unterscheiden. Er muss diese Distanz verkürzen, sie komprimieren. Ein solcher komprimierter Reformismus müsste sich insbesondere in vier Punkten von seinem traditionellen Vorgänger unterscheiden:

*Erstens* muss der Ökoreformismus einer dezidiert kapitalismuskritischen Wachstumskritik einen anderen Stellenwert zuordnen, als traditionelle Strategien das getan haben. *Zweitens* muss der ökosoziale Reformismus einer anderen Zeitlogik folgen. Er kann sich nicht mit den langen Prozeduren demokratisch-bürokratischer Entscheidungsfindungen begnügen. Die beschleunigte Naturzerstörung führt dazu, dass auch der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel und die daraus folgenden Veränderungen beschleunigt werden müssen. So negativ das Prinzip der Beschleunigung als Ökonomisierungsprinzip der Moderne wirkt,<sup>12</sup> so notwendig ist es bei

<sup>12</sup> Vgl. dazu Hartmut Rosa, *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt a.M. 2005.

reformerischen Gegenmaßnahmen gegen Klimakrise und Ressourcenverschwendung. *Drittens* muss die Regulations- und Interventionstiefe des komprimierten Reformismus eine ganz andere sein als früher. Der traditionelle Reformismus hat in der Regel gewartet, was der Markt an Wertschöpfung hervorbringt, um diese dann in soziale Reformen zu übersetzen. Heute wissen wir, dass die Eingriffe in Märkte, Produktion und Produkte erheblich tiefer ausfallen müssen. Demokratisch gesetzte Ziele müssen die ökonomische Entwicklung bestimmen und nicht die Logik der profitabelsten Allokation von Ressourcen. Und schließlich, *viertens*, muss der neue Reformismus auf eine weitreichende Demokratisierung von Produktions- und Investitionsentscheidungen setzen. Der traditionelle Reformismus war in hohem Maße etatistisch, also vom Staat her gedacht. Er war orientiert auf die Regierungspolitik und verzichtete weitgehend auf Rückkopplung mit der Zivilgesellschaft, mit den Interessen der Menschen in den Regionen und Branchen. Auch das muss ein komprimierter Ökoreformismus anders machen.

Kurzum: Der neue Ökoreformismus kann sich nicht einfach aus dem Repertoire reformistischer Vorstellungen der wohlfahrtsstaatlichen Ära bedienen. Er muss auf eine neue Form von Wachstumskritik setzen, einer beschleunigten Zeitlogik folgen, in einem neuen Ausmaß lenkend in die Markt- und Produktionsprozesse eingreifen und schließlich demokratische Legitimation nicht nur aus Wahlen, sondern aus einer neuen Qualität der Beteiligung der Betroffenen ziehen.

### **Gewerkschaften nicht als Veto-, sondern als Transformationsakteure**

Die Dekarbonisierung der Produktions- und Lebensweise und der neue Ökoreformismus stellen Leitplanken eines zeitgemäßen politischen Mandats der Gewerkschaften dar. Dabei müssen die Chancen staatlicher Integrationsangebote strategisch diskutiert werden. Prinzipiell sind diese weder gut noch schlecht. Die Integration in das dominierende Politikmodell kann dazu führen, dass es schneller gelingt, institutionelle Machtressourcen aufzubauen und über staatliche Gesetze Rechte der abhängig Beschäftigten zu sichern – und das auch in gesellschaftlichen Situationen, in denen die eigene Kraft nicht mehr ausreichen würde, diese Rechte erneut zu erkämpfen oder zu verteidigen. Die Integration in staatliche Politiken kann die Reichweite gewerkschaftlicher Interessenpolitik also durchaus erweitern. Aber sie kann auch dazu führen, Abstriche bei der Vertretung der Mitgliederinteressen machen zu müssen, um sich in Politikkonzepte einzufügen, die durch den Staat vorgegeben werden.<sup>13</sup>

Historisch lässt sich feststellen, dass der gewerkschaftliche Einfluss in der Phase des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates einen Höhepunkt erreicht

<sup>13</sup> In der Soziologie werden Spannungen dieser Art auch als Konflikt zwischen Mitgliederinteressen und Systemzwänge beschrieben, siehe dazu: Joachim Bergmann, Otto Jacobi und Walther Müller-Jentsch, *Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland*, Band 1, gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen, Frankfurt a. M. 1976.

hatte. In dieser Phase waren die Gewerkschaften in den Entscheidungszentren des Staates direkt oder indirekt präsent. Die so möglichen Erfolge haben die Attraktivität der Gewerkschaften erhöht und zeitigten positive Auswirkungen auf die Mitgliederentwicklung und die gewerkschaftlichen Organisationsgrade. Aber diese Wege der Einflussnahme waren politisch fragil. Die darauf folgende Erosion von Gewerkschaftsmacht stand in engem Zusammenhang mit dem Abbau des Sozialstaats. Die Machtressourcen während der keynesianischen Phase waren zwar durchaus hilfreich, aber sie waren bloß geliehen („borrowed power resources“). Und die geliehene Macht verschwand, als sie am notwendigsten gebraucht wurde, nämlich als man den Sozialstaat demontierte und der Neoliberalismus seinen Siegeszug startete.

### Ein radikaler Pfadwechsel

In der heutigen, hoch krisenhaften Situation scheint es zielführender zu sein, nicht nur auf fragile, weil geliehene Kraft in staatlichen Bündnissen zu setzen, sondern auf die Stärkung der eigenen Durchsetzungskraft über höhere Organisationsgrade in den Betrieben und strategische Allianzen in der Gesellschaft. Nicht minder wichtig ist jedoch die politikinhaltliche Neuorientierung. In der Wirtschaft, im Konsum sowie in der gesamten Produktions- und Lebensweise bedarf es eines radikalen Pfadwechsels, um die ökologische Katastrophe doch noch abzuwenden. Diese Katastrophe wird, wie wir wissen, zuerst die Menschen im Globalen Süden treffen. Dort sind die Ressourcen, sich gegen die Folgen von Naturschäden zu wehren, geringer ausgeprägt als im kapitalistischen Norden. Doch darüber sollte sich niemand in falscher Sicherheit wiegen: Früher oder später werden die Auswirkungen globale sein.

Es geht also heute um das Interesse der abhängig Arbeitenden als Erdenbewohner:innen, die eine intakte Umwelt brauchen, um zu überleben; und zugleich geht es um ihr Interesse als Lohnabhängige, die Arbeitsgelegenheiten brauchen, um ihre materielle Existenz zu sichern. In der Gewerkschaftspolitik, aber auch im Selbstverständnis potenzieller Bündnispartner muss beides zusammengedacht werden und müssen bündnispolitische Schlussfolgerungen gezogen werden. Die Gewerkschaften dürfen nicht als bloße Vetoakteure agieren, sondern sie müssen Transformationsakteure sein, die die ökologische Transformation in eine *sozialökologische* transformieren.

Das ist eine Jahrhundertaufgabe mit hohen Risiken. Wenig spricht dafür, dass sich die Gesellschaft über die Tragweite des endgültigen Endes des Wohlfahrtsstaatskapitalismus bewusst ist. Bisher ist jedenfalls kein neuer Mechanismus der politischen Wohlfahrtsproduktion in Sicht, der mit einem stark gedrosselten und naturverträglichen Wachstum zurecht käme, ohne die Gesellschaft in endlose Verteilungskonflikte oder tiefe soziale Spaltungen zu treiben. Nicht nur den Gewerkschaften stehen daher schwierige Zeiten bevor.